

Seite: 34  
Ressort: Hochschule

Ausgabe: Hauptausgabe

## JLU-Politologin forscht zu Geburtshilfe

GIESSEN/MAINZ (red). Auf ihrer Mitgliederversammlung an der Katholischen Hochschule in Mainz hat die Deutsche Gesellschaft für Hebammenwissenschaft e.V. (DGHWi) Dr. Tina Jung in den Vorstand gewählt. Jung, die an der **Justus-Liebig-Universität (JLU)** in Gießen zur "Politik der Geburt" forscht, ist laut einer Pressemitteilung künftig für eine Amtszeit von zwei Jahren als Beisitzerin in der wissenschaftlichen Fachgesellschaft für Hebammenwissenschaftliche Forschung, Lehre und Praxis aktiv. "Ich bin dankbar für das Vertrauen der DGHWi-Mitglieder und freue mich auf die gemeinsame Vorstandsarbeit", so Tina Jung. "Die DGHWi leistet wichtige Arbeit, die von großer Bedeutung für die wissenschaftliche, politische und praktische Entwicklung im Feld Schwangerschaft, Geburt

und junge Elternschaft ist."

Engpässe in Kliniken

Die DGHWi ist als Mitgliedsgesellschaft der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) an der Erstellung von geburtshilflichen Leitlinien beteiligt, nimmt Stellung zu aktuellen Themen, vernetzt sich mit anderen Organisationen im Feld Geburtshilfe, Gesundheitspolitik und Frauengesundheit und gibt die Zeitschrift für Hebammenwissenschaft heraus. Anfang des Jahres nahm die DGHWi an Gesprächen mit führenden Fachorganisationen teil, um Lösungsvorschläge für die Engpässe in der klinischen geburtshilflichen Versorgung in Deutschland zu erarbeiten.

Gewalt gegen Frauen

Tina Jung ist Post-Doc an der **JLU**-Professur für Politikwissenschaft mit dem

Schwerpunkt Gender Studies und Teil der Forschungsgruppe "Demokratie, Geschlechter- und Naturverhältnisse Gießen" (DGNG). Sie forscht zur Ökonomisierung der Geburtshilfe, Politiken der Sicherheit und Selbstbestimmung in Schwangerschaft und Geburt sowie zu Gewalt gegen Frauen in geburtshilflichen Einrichtungen. Neben ihrer Forschung baut sie derzeit in Kooperation mit dem Gießener Graduiertenzentrum Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft (GGS) eine interdisziplinäre Nachwuchsforscherinnengruppe zum Thema "Politiken der Reproduktion" auf und engagiert sich in diesem und anderen Formaten für die Stärkung eines inter- und transdisziplinären Dialogs zur zukunftsfähigen Gestaltung der Geburtshilfe.

**Urheberinformation:** (C) 2018 Giessener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG